

## ■ Deutschland unter den G-7-Staaten

# Ruhe im Hinterhof

Von Simon Zeise

Im kanadischen Québec stehen bereits 10.000 Polizisten bereit, um die Demonstranten gegen den G-7-Gipfel zu empfangen. Die Bundeskanzlerin hatte am Mittwoch die Lage skizziert. »Auf dem G-7-Gipfel haben wir, glaube ich, nicht so ein dramatisches Problem innerhalb Europas«, sagte sie im Bundestag. Das angedrohte Ausscheren der italienischen Regierung konnte Berlin im Verbund mit Brüssel eindämmen: Ein Austritt Roms aus der Euro-Zone ist fürs erste kein Thema mehr.

Jetzt kann sich Merkel des lästigen Nebenbuhlers aus Paris entledigen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wartet mit seinen Vorschlägen zur Reform der Währungsunion seit einem Dreivierteljahr vergeblich auf ein Zeichen des Entgegenkommens aus Berlin. »Ich glaube, dass wir aufeinander zugehen werden«, orakelte Merkel am Donnerstag. Jedoch favorisiere sie »persönlich« nicht umfangreiche Finanztöpfe, die zwischenstaatlich verwaltet werden sollten, wie es Macron vorgeschlagen hatte.

So kann sich die Kanzlerin im Auftrag des deutschen Kapitals der Weltpolitik widmen. »Wir als Europäer« müssten lernen, »insbesondere in der Außenpolitik und in der Sicherheits-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik konsistent aufzutreten«, um »unsere Interessen geschlossen durchzusetzen«, belehrte sie am Mittwoch die braven Parlamentarier im Bundestag. Neue Strukturen müssten dafür her. Die BRD werde am Freitag als nichtständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat gewählt. Die

ständigen Mitglieder Frankreich und Großbritannien sollten sich nicht so zieren und ihre Stimmen in einen gemeinsame Sitz der EU »europäisieren«. Dort wiederum hat Merkel den Hosenanzug an. Als nächster Schritt schwebt der Bundesregierung eine »Interventionstruppe« der EU unter der Führung von Berlin und Paris vor. Die Vereinheitlichung der Waffensysteme in der EU schaffe eine »gemeinsame Bedienkultur«.

Aufgerüstet werden soll, um Russland zu bedrohen. Einer Rückkehr zum G-8-Format unter Einschluss Moskaus erteilte die Kanzlerin am Mittwoch eine Absage – miteinander verhandeln könnte ja auf Frieden hinauslaufen.

Was Merkel noch zaghaft umschreibt, wird in Washington klar ausgesprochen: Der Wirtschaftsberater von US-Präsident Donald Trump, Lawrence Kudlow, betonte, die USA seien »mehr an nationale Interessen gebunden als an alles andere«. Trumps Ziel sei es, die Handelsbarrieren in anderen Ländern zu senken, um die US-Exporte zu steigern und die Handelsbilanzen auszugleichen.

Der US-Präsident schrieb per Kurznachricht, er wolle auf dem Gipfel in Handelsfragen »für unser Land kämpfen«. Der Plan scheint aufzugehen. Beijing soll Washington angeboten haben, zusätzliche landwirtschaftliche Produkte wie Sojabohnen, Rohöl und Kohle im Wert von 70 Milliarden Dollar zu importieren, falls Trump von Zoll-erhöhungen absieht. Die US-Exporte würden dadurch um 54 Prozent gesteigert.

## ■ Marmelade des Tages

# Christian Hirte



SCHREIBEN STÄDTISCHE/DPA

Täglich grüßt das Murmeltier, ewig rauschen die Wälder und pfeifen die Spatzen von den Dächern. Am Donnerstag war es wieder soweit: Der Beauftragte der Bundesregierung für den Osten, der Thüringer CDU-Bundestagsabgeordnete Christian Hirte, hatte zur Lage der Wirtschaft in seinem Bericht etwas zu sagen. Nach fast 30jährigem Bemühen von Kohl-Kapitalismus, Kolonialbürgerrecht und dem CSU-Außenposten MDR um »Aufbau Ost«, also Abriss, und Zivilisierung der übriggebliebenen Eingeborenen, ist das eine undankbare Aufgabe. Denn von denen sind nicht mehr viele da, weiß nun Hirte: »Wir haben Regionen, da sind knapp 50 Prozent der arbeitsfähigen Leute ausgewandert.« Einige Experten schätzen, das könnten insgesamt vier Millionen

gewesen sein – was sich auch so gehört. Der Exportladen BRD muss brummen und das geht am besten mit Niedriglöhnern – bis zur Grenzschließung 1961 mit DDR-»Flüchtlingen«, später mit Italienern, Griechen, Türken, nach 1990 erneut mit Ostdeutschen, die nicht mehr Flüchtlinge heißen, Polen, Rumänen, Russen usw. In Thüringen wird die Zahl der Erwerbsfähigen laut einer am Donnerstag zitierten Prognose bis 2035 um weitere 29 Prozent sinken. Die Folge: keine Sparkasse, kein Krankenhaus, kein Knast, keine Geschäfte, wie Hirte konstatiert. Und irre Gebietsreformen: Das Landratsamt, der Notar und der Arzt sind Dutzende, wenn nicht 100 Kilometer weit weg. Für den Ostberuhigungsbeauftragten kein Grund für Verzicht auf PR-Gelbblödel: »Die Frage ist, ob jemand mit einem tollen Gehalt in München wirklich davon besser leben kann als jemand in Sachsen-Anhalt, wo beide Eltern arbeiten gehen können, die Kinderbetreuung klappt und wo man sich ein bezahlbares Haus leisten kann.« Die Devise lautet: »Arm, aber glücklich«, »mittelloser Waldschrat, aber eigene Höhle«. Reicht für die nächsten 30 Jahre, wenn keiner die Hirtens in die Werra-Wälder zurückschickt. **Arnold Schölzel**

# »Soldat ist kein Beruf wie jeder andere«

»Tag der Bundeswehr«: Am kommenden Sonnabend wird bundesweit fürs Sterben geworben. Ein Gespräch mit Felix Oekentorp

**A**n über 16 Standorten will die deutsche Armee am kommenden Sonnabend den diesjährigen »Tag der Bundeswehr« begehen. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) ruft zu Protesten dagegen auf. Warum?

Events wie der »Tag der Bundeswehr« sind der Versuch, uns von der deutschen Militärpolitik zu überzeugen und Kriegsstimmung zu verbreiten. Für ihre Kriegseinsätze braucht die Bundeswehr mehr Soldatinnen und Soldaten, deshalb rekrutiert die Armee mit immer skrupelloseren Mitteln. Dabei macht sie jungen Menschen Versprechungen, von denen sie weiß, dass sie diese später nicht einhalten kann. Von gefährlichen Einsätzen, verletzten und toten Soldaten sowie der verpflichtenden Teilnahme an Auslandseinsätzen ist in der Armeewerbung keine Rede. Das würde sicher auch nicht zur Feierstimmung passen. Denn der Dienst in der Bundeswehr ist eben kein Volksfest.

**Es ist doch eigentlich schon lange Alltag, dass die Bundeswehr öffentlich und auch in Schulen und Berufsinformationszentren für sich wirbt.**

Das ist wohl wahr. Ich sehe das mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Einerseits finde ich es unerträglich, dass jungen Menschen – auch Minderjährigen unter Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention – der Eindruck vermittelt wird, es sei eine spannende Herausforderung, sich in Uniform zum Töten ausbilden zu lassen. Andererseits weiß ich, dass sich weit weniger junge Menschen rekrutieren lassen, als es das Kriegs-



PRIVAT

Felix Oekentorp ist Landessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) in Nordrhein-Westfalen und Sprecher des Ostermarsches Rhein-Ruhr

ministerium geplant hat – und selbst von denen, die angeworben werden, beenden viele ihre Zeit bei der Bundeswehr vorzeitig.

**Warum können Sie eigentlich nicht akzeptieren, dass es junge Menschen gibt, die sich aus freien Stücken entscheiden, Soldat werden zu wollen?**

Soldat ist kein Beruf wie jeder andere. Im Soldatenberuf geht es ums Töten und Sterben, um Gewalt und Zerstörung. So wie ich Gewalt von Mördern und anderen Straftätern nicht akzeptiere, so kann und will ich auch den Soldatenberuf nicht gutheißen. Nur weil das eine verboten ist, das andere aber staatlich gefördert wird, ist letzteres doch um keinen Deut besser.

**Die Bundeswehr hat ihre PR-Strategie deutlich modernisiert und verbessert. So wurde das Bild einer reaktionären und angestaubten Armee abgelöst**

**von abenteuerlustigen Soldaten, die auf Youtube oder in anderen sozialen Medien für die Bundeswehr werben. Kann die Friedensbewegung, die oftmals von betagten Aktivisten getragen wird, da überhaupt noch mithalten?**

Es ist richtig, dass die Bundeswehr sich professionelle Unterstützung von Werbeagenturen leistet, die ihr Image aufpolieren. Das muss ich mit meinen Steuern auch noch mitfinanzieren. Unser Widerstand dagegen ist einer von Menschen mit klarer Haltung und fester Überzeugung. Das ist durch keine noch so moderne Imagekampagne zu überbieten. Wir hatten im Mai die Bundeswehr bei drei Messen in Bochum, und jedes Mal wurden unsere Flyer vom Messepublikum gerne genommen und gelesen.

**Sie persönlich nehmen am kommenden Sonnabend nicht an den Protesten gegen den »Tag der Bundeswehr« teil, sondern an der von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes veranstalteten Landeskongress anti-faschistischer Initiativen. Wird die zunehmende Militarisierung der deutschen Politik dort auch Thema sein?**

Antifaschismus und Frieden sind zwei Seiten der gleichen Medaille, und so ist es für die DFG-VK selbstverständlich, bei einer antifaschistischen Landeskongress aktiv mitzumachen. Ich bin dort verantwortlich für den Workshop »Krieg, Verfolgung und Flucht« – da geht es natürlich um die äußere Militarisierung und deren Folgen. Viele meiner Mitstreiter werden aber aktiv und kritisch die Auftritte der Bundeswehr begleiten.

Interview: Markus Bernhardt

## ■ Abgeschrieben

**■ Den Aufruf der Friedensbewegung »Abrüsten statt aufrüsten« haben seit Dezember 2017 mehr als 50.000 Menschen mit ihren Unterschriften unterstützt. Die DKP hat eine bundesweite Kampagne gestartet, mit der sie weitere 30.000 Unterschriften bis zum Pressefest ihrer Wochenzeitung »Unsere Zeit«, das vom 7. bis zum 9. September 2018 stattfinden wird, sammeln will. Am Donnerstag erklärte nun der Vorsitzende des Landesverbandes Hessen der Partei Die Linke, Jan Schalauske, in einer Pressemitteilung zu dem Aufruf:**

Die hessische Linke unterstützt die Kampagne »Abrüsten statt aufrüsten« der Friedensbewegung und alle gesellschaftlichen Kräfte, die sich gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung wehren. Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP) nahezu zu verdoppeln. So wie es die NATO einst vereinbart hatte und wie es US-Präsident Trump, der per Twitter die Welt regelmäßig an den Rand der Katastrophe bringt, regelmäßig einfordert.

Die Aufrüstungsspirale muss gestoppt, den USA eine Absage zur weiteren Militarisierung erteilt werden. Das sogenannte NATO-Zwei-Prozent-Ziel bedeutet das Fehlen von mindestens weiteren 30 Milliarden Euro in anderen, zivilen Bereichen, etwa für die Sanierung von Schulen, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und im sozialen Wohnungsbau. Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Konflikte werden nicht mit mehr Waffen und Militär gelöst. Statt dessen braucht es eine Politik, die sich für Entspannung und den Ausbau von Entwicklung und sozialer Sicherheit einsetzt.

■ Mehr Informationen: [abruesten.jetzt](http://abruesten.jetzt)

**■ Die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Linke, Heike Hänsel, nahm am Donnerstag in einer Presseerklärung zur Konferenz der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel Stellung:**

Die NATO-Verteidigungsminister treiben die gefährliche Eskalationspolitik gegenüber Russland weiter voran und gefährden damit die europäische Friedensordnung. Europa

braucht nicht mehr einsatzbereite Truppenkontingente und keine bessere Logistik für Kriegseinsätze, sondern eine neue Entspannungspolitik. Obwohl die Zahl der NATO-Manöver weit über der Russlands liegt und die militärischen Kräfteverhältnisse deutlich zugunsten des Nordatlantikpakts ausfallen, verstärkt die NATO die Aufrüstung ganz gezielt gegen Russland, indem sie weitere 30.000 Soldaten schnell einsatzbereit machen will. Zugleich versucht das Verteidigungsministerium entsprechende Pläne – auch im Bundestag – herunterzuspielen.

Die Linke fordert Abrüstungsinitiativen statt Aufrüstung von der Bundesregierung. Wir halten nichts von neuen Kommandostrukturen wie der NATO-Kommandozentrale in Ulm, die einer schnelleren Truppenverlegung gegen Osten dienen soll. Statt des Säbelrasselns gegen Russland mit neuen waghalsigen Manövern und Truppenpräsenz in Osteuropa brauchen wir eine gemeinsame europäische Friedenspolitik, für die nach jüngsten Umfragen auch eine deutliche Mehrheit der Deutschen plädiert.